

REGIONEN UND REGIONALISMUS IN DEN BÖHMISCHEN LÄNDERN IN GESCHICHTE UND GEGENWART. ZWISCHEN RAUMORDNUNG UND REGIONALEM BEWUSSTSEIN

Jahrestagung des Collegium Carolinum vom 23. bis 25. November 2001
in Bad Wiessee

„Wir befinden uns im Jahre 2001 nach Christus. Ganz Europa ist in Regionen eingeteilt ... Ganz Europa? Nein! Ein von unbeugsamen Slawen bevölkerter kleiner Staat hört nicht auf, Widerstand gegen den europäischen Trend zu leisten.“ Besser als Robert Luft (München) hätte man die aktuelle Relevanz der Jahrestagung, zu der das Collegium Carolinum vom 23. bis 25. November 2001 ins tief verschneite Bad Wiessee geladen hatte, wohl kaum auf den Punkt bringen können: Obwohl sich die Tschechische Republik bereits seit vielen Jahren dem innen- wie außenpolitischen Druck zu einer Regionalisierung und Dezentralisierung von Politik und Verwaltung ausgesetzt sieht, ist die politische Führung des Landes entsprechenden Forderungen nur zögerlich und im Vergleich zu Polen und Ungarn mit deutlicher Verspätung nachgekommen. Zwar konnte sich das Parlament nach jahrelangen Debatten im Oktober 1997 auf ein Gesetz über die Einführung von 14 Kreisen (*kraje*) verständigen – die konkreten Durchführungsbestimmungen über die Kompetenz- und Finanzausstattung dieser neuen Regionen sind seither jedoch erneut zum Gegenstand zäher Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien geworden. Erst zu Beginn des Jahres 2002 sind alle grundlegenden Rechtsnormen für das tatsächliche ‚Funktionieren‘ der *kraje* in Kraft getreten. Anlass genug also, nach den Hintergründen für das offensichtlich schwierige Verhältnis zu fragen, das die Tschechen zu ‚ihren‘ Regionen haben.

Es waren vor allem drei Themenkomplexe, um die sich die insgesamt 15 Vorträge gruppierten: Zum einen war zu klären, wie die Region wissenschaftlich zu definieren und zu operationalisieren sei. Wie können Regionen begrifflich, räumlich oder funktional ab- und eingegrenzt werden? Welche Typen von Regionen lassen sich unterscheiden? Sind Ansätze zu einer Theorie der Regionen zu erkennen? Im Zentrum des zweiten – und zahlenmäßig am stärksten vertretenen – Vortragstypus stand die Frage, ob und wie sich regionales Bewusstsein und regionale Identitäten in den böhmischen Ländern historisch herausgebildet haben. Hierbei reichte das Spektrum der jeweils gewählten Untersuchungsansätze von wirtschaftshistorischen über staats- und verwaltungsgeschichtliche bis hin zu kartographischen und diskursgeschichtlichen Perspektiven. Ein dritter Fragenkomplex bezog sich schließlich auf den aktuellen Stand der Regionenbildung in der Tschechischen Republik sowie auf deren politische, ökonomische und soziologische Hintergründe. Auch in dieser Perspektive spielte neben der institutionellen Ausgestaltung der Territorial- und Selbstverwaltung vor allem die Akzeptanz der neu eingeführten *kraje* in der Bevölkerung sowie die Herausbildung regionaler Identitäten im nationalen wie europäischen Kontext eine wichtige Rolle.

Der Aufgabe, die ‚Region‘ begrifflich und inhaltlich näher zu bestimmen, stellten sich der Politikwissenschaftler Peter Schmitt-Egner (Siegen) und der Geograph

Horst Förster (Tübingen). Obwohl in unterschiedlichen akademischen Disziplinen beheimatet, legten beide Referenten ihren Vorträgen den aktuellen Forschungsstand des Faches Geographie zugrunde. Nachdem, so Förster, bis in die sechziger Jahre hinein ein positivistisches Begriffsverständnis vorgeherrscht habe, das die Region als „real vorhandene Einheit mittlerer Größe“ fasste, sei die Geographie heute in ‚Realisten‘ und ‚Konstruktivisten‘ gespalten: Während die ‚Realisten‘ Regionen vor allem anhand objektiv messbarer Gegebenheiten (etwa der Verteilung geographischer oder ökonomischer Faktoren im Raum) bestimmen, modelliert ein konstruktivistisches Begriffsverständnis Regionen als ‚Tätigkeitsregionen‘ (etwa administrativ-politischer oder ökonomischer Natur) oder ‚Wahrnehmungsregionen‘ (etwa anhand der Kommunikationsströme und sozialer Vernetzungen).

Ausgehend von diesem konstruktivistischen Begriffsverständnis unternahm Peter Schmitt-Egner den Versuch, einen interdisziplinär operationalisierbaren Regionsbegriff zu entwickeln, der die räumlichen Konzepte der Geographie mit den sozialwissenschaftlichen Kategorien ‚Subjekt‘, ‚Handlung‘ und ‚Zeit‘ verbindet. In seiner so gewonnenen Regionstypologie unterschied Schmitt-Egner zwischen der Region als Handlungsraum und der Region als Handlungseinheit. In ihrer Eigenschaft als Handlungsraum vollziehe die Region quasi ‚nach innen‘ ein regionales Programm der sozioökonomischen, kulturellen und politischen Reproduktion. Als Handlungseinheit hingegen trete die Region ‚nach außen‘ auf, sei es in Form einer Interessenvertretung von Nationalstaaten einer bestimmten Region, sei es als transnationaler oder subnationaler Akteur der internationalen Politik.

So deutlich beide Referenten auf die lebhaftige Konjunktur hinwiesen, der sich ‚Regionen‘ und ‚Regionalismus‘ in der wissenschaftlichen wie öffentlichen Debatte erfreuen, so klar belegten die beiden Vorträge andererseits, dass bislang keinerlei Konsens im Hinblick auf eine Definition und Typologisierung, geschweige denn eine ‚Theorie‘ der Regionen besteht. Zwar werden die von Förster genannten Faktoren EU-Strukturpolitik, ökonomische Tertiärisierung, Modernisierungs- (und Globalisierungs-)skepsis und ökologische Raumplanung dazu beitragen, der Region auch in den kommenden Jahren einen prominenten Platz auf der Forschungsagenda zu erhalten. Dennoch wird offenbar auch weiterhin gelten, dass wir jeweils konkret benennen müssen, was wir meinen, wenn wir von ‚Regionen‘ sprechen.

Nachdem sich die abstrakt-theoretische Annäherung an den Begriff der Region also zumindest als problematisch erwiesen hatte, schlug die Stunde der Empiriker. Hat es in den böhmischen Ländern bereits historische Prozesse einer Regionalisierung gegeben? Welche Ebenen zwischen Staat und Gemeinde können überhaupt als Regionen gelten? Durch welche Faktoren wurde eine solche Regionalisierung ausgelöst und befördert? Und worin schlug sie sich konkret nieder? In gleich zwei Vorträgen wurde die These vertreten, dass es vor allem die politisch-administrative Gliederung des Landes sei, die das ‚Regionalbewusstsein‘ und die ‚regionale Identität‘ in der Bevölkerung beeinflusse – wobei die Referenten zu durchaus unterschiedlichen Schlussfolgerungen gelangten. Einerseits zeigte die Historikerin Andrea Komlosy (Wien) auf, dass die administrative Neugliederung der böhmischen Länder zwischen 1750 und 1850 zwar nicht der allein entscheidende, wohl aber ein begünstigender Faktor für die Herausbildung eines böhmischen Regionalbewusst-

seins darstellte. Die Verwaltungsreform diente einerseits dem politischen Bestreben, den böhmischen Adel zurückzudrängen und den Ständestaat durch einen absolutistischen, modernen Territorialstaat zu ersetzen; andererseits erforderte auch die ökonomische Entwicklung in der Habsburgermonarchie Verwaltungsstrukturen, die den Bedürfnissen einer überregionalen Wirtschaft und der gestiegenen Mobilität der Arbeitskräfte entsprachen. Für die Bevölkerung jedoch, so Komlosy, konstituierten die neu geschaffenen Verwaltungseinheiten (Pfarrgemeinde, Steuer- und Wehrbezirke) sowie die erweiterten Kompetenzen der Kreise erstmals bewusst wahrgenommene Rechts- und somit Handlungsräume mittlerer Reichweite: Der Geltungsbereich des Rechts und der Rechtsprechung sowie regionale Zentren, in denen administrative und juristische Institutionen angesiedelt waren und die aufgesucht werden mussten, wenn entsprechende Fragen zu klären waren – all dies habe dem Bewusstsein von regionaler Zusammengehörigkeit bzw. Differenz zumindest Vorschub geleistet.

Die These, dass die Entwicklung der administrativen Untergliederung der böhmischen Länder das Regionalbewusstsein der Bevölkerung nicht nur gefördert, sondern im Gegenteil durchaus auch behindert habe, vertraten die beiden Olmützer Historiker Miloš Kouřil und Miloš Trapl. In einem Überblick über die „Wandlungen der administrativen Gliederung Mährens vom 18. bis zum 20. Jahrhundert“ zeigten die beiden Referenten auf, dass die permanenten und vergleichsweise raschen Veränderungen, denen die Verwaltungsstruktur Mährens in den vergangenen drei Jahrhunderten unterworfen war, zu einer bis heute sehr niedrigen Akzeptanz der krale in der Bevölkerung führen, und sich folglich die Einwohner der Kreise kaum mit ihrem kraj identifizieren. Verantwortlich hierfür sei allerdings nicht allein die enorme Diskontinuität der administrativen Unterteilung, sondern auch die enge Verbindung jeder administrativen Neustrukturierung mit politischen Zielen: So seien nicht nur die Verwaltungsreformen der Habsburger, sondern auch die Tatsache, dass das Gesetz über die Einführung der Gaue 1920 zwar verabschiedet, dann aber nie implementiert wurde, vor allem durch politische Überlegungen insbesondere im Hinblick auf die deutsche Bevölkerung zu erklären gewesen.

Während somit zumindest unbestritten blieb, dass die Entwicklung der politisch-administrativen Unterteilung der böhmischen Länder überhaupt einen erkennbaren – sei es förderlichen, sei es hemmenden – Einfluss auf die historische Entstehung des Regionalbewusstseins genommen hat, konnte eine vergleichbare Wirkung für ökonomische Faktoren nur bedingt festgestellt werden. In seinem Vortrag „Die Handelskammern in Böhmen. Zur regionalen Vertretung von Unternehmerinteressen unter Kaiser Franz Joseph“ ging der Historiker Stephan Niedermeier (Leipzig) der Frage nach, inwieweit die 1849/51 auch in Böhmen gegründete Handelskammer aufgrund ihrer Einteilung in fünf Kammerbezirke tatsächlich regionalisierend auf Ökonomie, Politik und Gesellschaft einwirkte. Hierbei kam Niedermeier zu dem Schluss, dass die einzelnen Kammerbezirke zwar durchaus eigene Bedeutung als Regionen gewannen, diese aufgrund der inneren Heterogenität der Kammern jedoch im Wesentlichen auf ihre wirtschaftspolitische Funktion beschränkt blieb. Nachhaltige Impulse zu einer Regionalisierung konnten von den Handelskammern somit nicht ausgehen.

Größere Bedeutung für die Entstehung eines regionalen Bewusstseins schrieben zwei Vorträge dem Faktor ‚Wissenschaft und Bildung‘ zu. In einem sehr anschaulichen Referat demonstrierte die Karographiehistorikerin Eva Semotanová (Prag), wie die Entwicklung der böhmischen Kartographie im 19. Jahrhundert erheblich zum Anwachsen des Interesses der Bevölkerung sowohl an der administrativen Gliederung als auch an ökonomischen und geographischen Gegebenheiten der jeweiligen Region beitrug.

Eine ähnliche ‚bewusstseinssteigernde‘ Wirkung postulierte Miloš Trapl mit Blick auf die Geschichtsschreibung. In seinem Vortrag stellte er das Kabinett für Regionalgeschichte an der Universität Olomouc (Olmütz) vor, das sich seit den sechziger Jahren intensiv mit einer Theorie der Regionalgeschichte am Beispiel der mährisch-schlesischen Entwicklung befasst und hierbei mit dem *Historický místopis moravsko-slezský* (Mährisch-schlesische historische Topographie) ein demnächst 16 Bände umfassendes Standardwerk für den Zeitraum 1848 bis 1860 geschaffen hat.

Einen diskursanalytischen Blick auf die Entstehung eines Regionalbewusstseins in den böhmischen Ländern warfen schließlich die beiden Vorträge von Peter Haslinger und Christiane Brenner (beide München). Unter dem Titel „Regionale Differenz und nationaler Diskurs: der Tschechoslowakismus in der Ersten Republik“ ging Haslinger der Frage nach, ob und in welcher Weise während der Zwischenkriegszeit auf regionale Differenzen und Identitäten zurückgegriffen wurde und in welchem Verhältnis diese Diskurse zur ‚Staatsideologie‘ des Tschechoslowakismus standen. Hierbei unterschied Haslinger vier zeitgenössische Perspektiven auf die unterschiedlichen Regionen des Landes: Ein historisch-staatsrechtlicher und ein peripher-folkloristischer Blick erfasste insbesondere die Slowakei und die Karpatoukraine als zwar rückständige, aber idyllische Gebiete, die durchaus mit dem Selbstverständnis als tschechoslowakischer Nationalstaat vereinbar waren. Die Interpretation der östlichen Landesteile als national hybride, da ungarisch überformte Regionen und die Wahrnehmung des Sudetenlandes als national entfremdete Region hingegen bargen das Potential, das offizielle Tschechoslowakismus-Narrativ zu unterminieren. Infolgedessen, so Haslinger, nahm die Staatsführung im Laufe der Jahre nicht nur eine betont antiregionalistische Haltung ein. Darüber hinaus wurden die tatsächlich vorhandenen Differenzen zwischen den einzelnen Regionen diskursiv nationalisiert und durch einen Verweis in den Bereich der Folklore vermeintlich unschädlich gemacht.

Noch deutlicher brach sich das Bestreben, regionale Differenzen mit diskursiven Mitteln möglichst einzuebnen, nach dem Zweiten Weltkrieg Bahn – wie Christiane Brenner in ihrem Vortrag „Der Pohraničí-/Grenzland-Diskurs nach 1945“ aufzeigte. Eine herausragende Rolle für das tschechische nationale Narrativ spielte das weitgehend entvölkerte Sudetengebiet nach 1945 sowohl als positiver als auch als negativer Bezugspunkt. Einerseits wurde das Projekt, das Grenzland wieder zu besiedeln, es zu einem Schutzwall auszubauen und in die Heimat ‚zurückzuführen‘, ab 1946 zum nationalen Projekt, das die Unterschiede zwischen Binnen- und Grenzland beseitigen, den neuen Bewohnern eine Identifikationsmöglichkeit bieten und das Sudetengebiet in der allgemeinen Wahrnehmung popularisieren sollte. Andererseits berichteten nicht wenige Reisende und politische Beobachter von einem Gefühl der

Fremdheit und von den deutlichen Unterschieden, die zwischen Binnen- und Grenzland existierten. Wie Brenner insbesondere am Beispiel einer Artikelserie des Journalisten Michal Mareš zeigte, wurden solche kritischen Stimmen von offizieller Seite jedoch bis in die sechziger Jahre hinein erfolgreich in den engen Deutungsrahmen des Pohraničí-Diskurses zurückgedrängt, der das Grenzland als reintegrierte ‚Avantgarde‘ des Staates modellierte.

Mit Blick auf die Frage nach der historischen Entwicklung eines Regionalismus, regionalen Bewusstseins und regionaler Identitäten in den böhmischen Ländern erbrachte die Tagung somit ein ambivalentes Bild: Während die administrative Untergliederung des Landes sowie die verschiedenen Ausprägungen einer *vlastivěda* (deutsch etwa: Landeskunde) durchaus Ansätze und Anreize zur Herausbildung regionalen Bewusstseins boten, standen offenbar vor allem politische Faktoren einer Kontinuität und somit einer Verankerung regionaler Zuschreibungen im Wege. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass ausnahmslos sämtliche Vorträge, die den aktuellen Stand der Regionbildung in der Tschechischen Republik zum Gegenstand hatten, zu dem Schluss gelangten, dass von einer sozialen Akzeptanz oder gar einer Identifikation mit den zum 1. Januar 2000 eingeführten 14 *kraje* keine Rede sein könne.

Wie stark auch die jüngste Gebietsverwaltungsreform in den böhmischen Ländern von mehrfachen Widersprüchen zwischen funktionalen Erfordernissen und politischen Präferenzen geprägt ist, verdeutlichte Stephanie Weiss (München) in ihrem Vortrag „Die tschechischen Parteien und die Regionen nach 1989“. Im Spannungsfeld zwischen dem Zerfall der Tschechoslowakei, den mährischen Autonomieforderungen, Demokratisierungs- und Dezentralisierungspostulaten, der Steuerung einer beispiellosen politischen und ökonomischen Transformation sowie schließlich dem Anpassungsdruck von Seiten der Europäischen Union wurde die Wiedereinführung der 1990 zunächst abgeschafften, in der tschechischen Verfassung jedoch vorgesehenen *kraje* bis 1997 bzw. 2000 verschleppt und in parteipolitischen Auseinandersetzungen beinahe zerrieben. Infolge der jahrelang stagnierenden Debatte hat mittlerweile auch die Bevölkerung das Interesse an einer Regionalisierung verloren: Die Wahlen zu den ‚Kreis-Parlamenten‘ zeichneten sich im Herbst 2000 nicht nur durch eine sensationell niedrige Wahlbeteiligung aus. Zugleich konnte mit der ODS ausgerechnet diejenige Partei die meisten Stimmen auf sich vereinigen, die die Einführung der *kraje* jahrelang politisch bekämpft hatte. In den kommenden Jahren werde es daher, so Weiss, einmal mehr Aufgabe der Parteien sein, die Bevölkerung in Wahlkämpfen mit tatsächlich regionalen Themen vom Sinn und Nutzen der *kraje* zu überzeugen.

Dies dürfte kein leichtes Unterfangen werden, erklärte der Wirtschaftswissenschaftler Jan Přikryl (Prag) in seinem Referat über „Ökonomische und finanzielle Aspekte der regionalen Selbstverwaltung“. Obwohl die *kraje* bereits zum Jahresbeginn 2000 eingeführt worden waren, einigte sich das Parlament erst im Sommer 2000 auf die nötigen Reformen in der Finanz- und Steuerverfassung der Tschechischen Republik. Das Ergebnis der Beratungen gleiche, so Přikryl, einem „Wunder der Mathematik“. Die Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Staat, Kreisen und Gemeinden folge nicht nur ausgesprochen komplizierten Regeln. Vielmehr sei zu

bezweifeln, dass die Finanzausstattung der Kreise ausreiche, um die umfangreichen Aufgaben in der Regionalplanung erfolgreich bewältigen zu können. Besonders zu kritisieren sei schließlich auch die Tatsache, dass den Gemeinden durch die – nun völlig am Grundsatz der solidarischen Umverteilung orientierte – Aufteilung der Gewerbesteuer ein wesentlicher Anreiz zur aktiven lokalen Wirtschaftsförderung genommen worden sei.

Gleich drei Vorträge befassten sich mit der Frage nach dem Vorhandensein regionaler Identitäten in der heutigen Tschechischen Republik. Einen tiefen Einblick in die empirische Feldforschung ermöglichte hierbei der Vortrag des Geographen Bernd Stallhofer (Regensburg), der Identitätsmustern in den Gebieten ‚Šumava‘ und ‚Český les‘ nachging. Obwohl beide Gebiete in der vor 1989 als ‚Taburaum‘ geltenden Grenzzone zu Bayern liegen, weist die Identifikation der Einwohner mit ihrer jeweiligen Region deutliche Unterschiede auf. Während die Bevölkerung in der Šumava zur Benennung ihrer Region und zur Selbstzuschreibung vorwiegend die Landschaftsbezeichnung wählt, bezeichnet sich die Mehrheit der Einwohner des Český les als ‚Westböhme‘ oder als Bewohner des Landkreises. Diese Differenzen in den Identifikationsmustern lassen sich, so Stallhofer, zwar durchaus auf konkrete Unterschiede im Image der jeweiligen Region zurückführen. Zugleich warnte Stallhofer jedoch davor, dem Phänomen der ‚regionalen Identität‘ allzu große Aussagekraft zuzuschreiben. Regionale Identität sei das ‚Nicht-Lokale‘, ohne dass deshalb zwangsläufig ein Bewusstsein oder eine klare Vorstellung von der ‚Region‘ bestehe. Regionale Identität lasse sich daher auch nicht wirklich messen.

Einer ähnlichen Fragestellung widmete sich der Soziologe Milan Jeřábek (Ústí nad Labem/Aussig), der „Das tschechische Grenzgebiet aus der Binnenperspektive der heutigen Bewohner“ darstellte. Auch Jeřábek verdeutlichte, dass im Bewusstsein der Einwohner weniger eine regionale als vielmehr die nationale Identifikation (Tscheche) bzw. eine Selbstbeschreibung über den – freilich nicht als einheitliche Region zu bezeichnenden – ‚Grenzraum‘ dominiert. Hierbei zeigten andere Umfrageergebnisse, dass die Bewertung dieser Zugehörigkeit zum Grenzraum offensichtlich in erster Linie vom sozioökonomischen Entwicklungspotential abhängig ist, das die Bewohner dem konkreten Gebiet aufgrund seiner geographischen Lage zuschreiben: Während die Bewohner des tschechisch-sächsischen Grenzgebietes den Begriff ‚Grenzraum‘ überwiegend positiv bewerteten, gesteht die Bevölkerung im tschechisch-polnischen Grenzgebiet ihrer Region nur ein geringes Entwicklungspotential zu. Der jeweiligen geographischen Lage entsprechend variieren auch die Ergebnisse im Hinblick auf die Frage, wie die Bevölkerung in den Grenzgebieten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten wahrnimmt und bewertet – freilich mit Ausnahme der Slowakei, die unabhängig von der geographischen Lage im Durchschnitt von allen Befragten als wichtigstes Kooperationsverhältnis bezeichnet wird.

Auch der Wirtschaftsgeograph Jörg Maier (Bayreuth) unterstrich, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Wahrnehmung der jeweils betroffenen Bevölkerung vorrangig Funktions- und Planungs-, nicht aber Identitätsräume konstituiert. Am Beispiel der Euregio Egrensis verdeutlichte er, welchen Schwankungen die Begeisterung und die konkrete Beteiligung an der grenzüberschreitenden

regionalen Zusammenarbeit seit Gründung der Euregio im Jahr 1989 unterliegt, die offensichtlich in erster Linie von den jeweiligen aktuellen Nutzenperzeptionen der betroffenen Kommunen abhängen. Während im Rahmen so genannter Kommunalpartnerschaften durchaus eine intensive Kooperation auf sportlichem, kulturellem und infrastrukturellem Gebiet besteht, hält sich die Zusammenarbeit auf so zentralen Gebieten wie Wirtschaft und Soziales in engen Grenzen. Auch die anstehende EU-Osterweiterung werde, so Maier, nicht zwangsläufig zu einer Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit führen: Zwar habe die Aussicht auf die umfangreichen Fördergelder, die der westböhmische Raum nach dem EU-Beitritt aus den Brüsseler Strukturfonds zu erwarten hat, in der jüngsten Vergangenheit durchaus zu einem erneuten Aufschwung in der Euregio geführt. Langfristig stehe jedoch zu befürchten, dass der Grenzraum kaum von der EU-Osterweiterung profitieren werde, da die Wirtschaft sowohl in Bayern als auch in Böhmen dazu tendiere, den unmittelbaren Grenzraum zu „überspringen“.

Ob und inwiefern der bevorstehende EU-Beitritt der Tschechischen Republik seine Schatten auch auf die Herausbildung regionaler Identitäten vorauswirft, suchten schließlich die beiden Brünner Sozialgeographen Milan Viturka und Jiří Vystoupil zu klären. Auch sie gingen zunächst von der Feststellung einer bemerkenswert niedrigen historischen wie aktuellen Identifikation der Bevölkerung mit den krajem aus. Wie sich das Verhältnis der Tschechen zu „ihrem“ Kreis in den kommenden Jahren entwickeln werde, hänge jedoch im Wesentlichen von der ökonomischen Empfindlichkeit, der Erreichbarkeit sowie von der in der Region vorherrschenden Perzeption der EU ab. Während demnach etwa Prag sowie Südmähren, Mittel- und Westböhmen als Gebiete gelten können, die aufgrund ihrer ökonomischen Struktur und ihrer geographischen Lage vom EU-Beitritt profitieren und daher mit positiven Identifikationsangeboten aufwarten können, bilden die ökonomisch ungünstige Industriestruktur sowie der Anpassungsdruck von Seiten der EU im Falle Nordmährens und Nordböhmens keine günstigen Voraussetzungen für eine positive Identifikation der Einwohner mit „ihrem“ kraj.

Welche neuen Erkenntnisse hat die Jahrestagung erbracht? Welche wesentlichen Aspekte wurden nicht angesprochen? Wo besteht weiterer Forschungsbedarf? Anhand dieser Leitfragen waren Karl von Delhaes (Marburg), Wolfgang Aschauer (Flensburg), Dieter Segert (Berlin) und Zdeněk Radvanovský (Ústí nad Labem) in einer abschließenden Diskussion aufgefordert, die vorangegangenen Vorträge und Diskussionen aus wirtschaftswissenschaftlicher, geographischer, politik- und geschichtswissenschaftlicher Perspektive zusammenzufassen und in einen je fachspezifischen Kontext einzuordnen. So unterschiedlich die Schlussfolgerungen hierbei zwangsläufig ausfallen mussten – überraschend einig waren sich nicht nur die Diskutierenden, sondern auch andere Konferenzteilnehmer darin, dass die von der Tagung verfolgte interdisziplinäre Annäherung an „Regionen und Regionalisierung in den böhmischen Ländern“ anregend und überfällig war, im Verlauf der Tagung aber auch deutlich an ihre Grenzen gestoßen sei: Der interdisziplinäre Ansatz habe dazu geführt, dass einige zentrale Begriffe unpräzise und verschwommen geblieben seien. Insbesondere der – während der Konferenz vielstrapazierte – Begriff der

„Identität“ wurde in einigen Wortmeldungen als allzu dehnbar und für die wissenschaftliche Forschung unbrauchbar kritisiert.

Jenseits dieses fortbestehenden begrifflichen Problems war am Ende der Tagung jedoch ein rundum positives Fazit zu ziehen. Die Konferenz hat nicht nur viele sehr unterschiedliche Aspekte der Regionalisierung in der Tschechischen Republik beleuchtet. Hervorzuheben ist vor allen Dingen, dass mit dem Thema Regionen überhaupt ein Gegenstand ins Blickfeld der Forschung gerückt worden ist, der in der Geschichtswissenschaft noch immer relativ wenig Beachtung findet. Zwischen Nationalgeschichte und einer Historiographie der lokalen Ebene klafft nach wie vor eine breite Forschungslücke, die die Jahrestagung in Bad Wiessee nicht nur verdeutlicht und konkretisiert, sondern in Ansätzen auch verengt hat. Diese Forschungsperspektive zukünftig weiter zu verfolgen, wird angesichts der aktuell voranschreitenden Regionalisierung der Tschechischen Republik eine nicht nur für Historiker lohnende Aufgabe bleiben.